



Dr. Maria Flachsbarth, MdB  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 7 46 66  
Fax: (030) 227 7 66 66  
www.flachsbarth.info



## Was ist neu im Jahr 2020? Entscheidung über die Organspende.

Die Auswirkungen der ersten Gesetze  
spüren Verbraucher bereits zum  
Jahresbeginn.

Etwa bei den  
günstigeren

# 2020

Preisen für  
Fernfahrten mit  
dem Zug oder bei  
der steuerlichen  
Förderung für

klimagerechte

Gebäudesanierung. Außerdem können sich  
Rentner erneut über mehr Geld freuen. Zum  
1. Juli 2020 erhöht sich die Rente in  
Westdeutschland um 3,15 Prozent, in  
Ostdeutschland um 3,92 Prozent. Parallel  
dazu werden schon seit dem 1. Januar  
Millionen Betriebsrentner finanziell entlastet.  
Dazu ist ein Freibetrag in Höhe von 159,25  
Euro pro Monat eingeführt worden. Für alle  
Betriebsrenten bis zu dieser Summe  
entfallen die Krankenkassenbeiträge  
komplett. Bezieher höherer Betriebsrenten  
zahlen den Kassenbeitrag dann nur für die  
Summen oberhalb des Freibetrags.

Neue Regeln gelten seit Jahresbeginn auch  
für Azubis: Sie bekommen monatlich  
mindestens 515 Euro im ersten  
Ausbildungsjahr. Bis 2023 soll der  
Mindestlohn für Azubis schrittweise auf 620  
Euro monatlich angehoben werden. Davon  
sollen vor allem Auszubildende profitieren,  
die außerhalb von Tarifverträgen und in  
Betrieben mit sehr geringer Vergütung  
beschäftigt sind. Auch Eltern, deren Kinder  
noch nicht in der Ausbildung sind profitieren  
2020. Das betrifft in erster Linie Familien mit

geringen Einkommen. Sie werden u.a. mit  
höheren Kinder- und Grundfreibeträgen  
entlastet. So steigt der Kinderfreibetrag um  
192 Euro auf 7812 Euro, der Grundfreibetrag  
um 240 Euro auf 9408 Euro.

Wir stellten uns in dieser Woche dem  
schwierigen Thema Organspende. Auch  
wenn die grundsätzliche Spendebereitschaft  
in Deutschland hoch ist, gibt es seit Jahren  
eine lange Warteliste von Personen, die auf  
ein Spenderorgan warten. In Deutschland  
warten rund 10.000 Menschen auf ein



gespendetes  
Organ. Zwei  
Gruppenanträge  
wollten auf  
unterschiedlichen  
Wegen erreichen,  
die Zahl der  
Organspenden zu  
erhöhen.

Der eine Gruppenantrag sah eine  
sogenannte Widerspruchslösung vor.  
Demnach soll jeder Organspender sein, der  
dem nicht in einem Register oder seinen  
Angehörigen gegenüber widersprochen hat.  
Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit.

Der andere Gruppenantrag, dem auch ich  
mich angeschlossen habe, hält an der  
geltenden Zustimmungslösung fest. Jeder  
Spender muss ausdrücklich einen Willen zur  
Organspende bekunden. Darüber hinaus  
setzt der Antrag auf eine verstärkte  
Aufklärung. Hausärzte werden noch stärker  
in die Beratung einbezogen. Die Abgabe zur  
Erklärung einer Organspende soll zukünftig  
auch in Ausweisstellen möglich sein, wo

auch auf Informations- und Beratungsstellen hingewiesen werden kann. Ein bundesweites Online-Register soll die Dokumentation der Entscheidung erleichtern. Dieser Gruppenantrag wurde im Anschluss an eine sehr ernsthafte Debatte mit Mehrheit beschlossen.

Lesen Sie gerne hierzu meine persönliche Stellungnahme:

## **Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende beschlossen**

Ich freue mich, dass dieser Gesetzentwurf eine Mehrheit gefunden hat. Aus meiner eigenen Familie kenne ich die Not von Menschen, die dringend auf ein Organ zur Transplantation warten. Deshalb brauchen wir in Deutschland dringend Verbesserungen bei der Organspende. Eine Widerspruchsregelung aber, die davon ausgeht, dass einem hirntoten Menschen Organe entnommen werden dürfen, wenn er nicht ausdrücklich widersprochen hat, führt allerdings in die falsche Richtung. Diese Regelung würde eher Ängste erzeugen und möglicherweise die Spendenbereitschaft senken.

Ziel des Gesetzentwurfs zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende ist es, eine stets widerrufbare Entscheidung klar zu registrieren, verbindliche Information und bessere Aufklärung zu gewährleisten und die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Thematik zu fördern. So soll die bislang bestehende Differenz zwischen der in Befragungen geäußerten grundsätzlich positiven Einstellung der Menschen zur Organ- und Gewebespende und dem dokumentierten Willen zur Organ- und Gewebespende (Spendenausweise und Organentnahmen) verringert werden.

Bereits Anfang letzten Jahres sind wir mit dem Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende die technischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen angegangen“, so Flachsbarth weiter. „Nun ermöglichen wir mit der Verabschiedung des

Gesetzentwurfes die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Thematik, gewährleisten verbindliche Informationen sowie bessere Aufklärung und registrieren eine stets widerrufbare Entscheidung. Ich sehe darin den deutlich besseren Weg, um die Zahl der verpflanzten Organe zu erhöhen und Menschenleben zu retten. Ich freue mich, dass die Freiheit zu einer Entscheidung über diese zutiefst persönliche Frage, ein Teil von mir zu geben, um das Leben eines anderen zu retten, mit diesem Gesetzentwurf erhalten bleibt.

## **Rettung der Stasi-Akten dank mutiger Bürgerrechtler**

Am 15. Januar 1990 folgten tausende mutige Menschen dem Aufruf des Neuen Forums zur Demonstration vor der Stasi-Zentrale in Berlin, in der auch Erich Mielke, der letzte Minister für Staatssicherheit, seinen Sitz hatte. Die Rettung der Stasi-Akten vor 30 Jahren ist Verdienst mutiger Bürgerrechtler. Die Akten müssen als Gedächtnis unserer Nation dauerhaft gesichert werden.



Die Bilder von der spontanen Er-stürmung der Stasi-Zentrale bewegen uns bis heute. Sie

sind zum Symbol für die Rettung der Stasi-Akten geworden. Der Bürgerrechtsbewegung ist es zu verdanken, dass diese Akten in einem historisch einzigartigen Prozess den Betroffenen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten. All diesen mutigen Menschen sind wir zu Dank verpflichtet.

Anhand der Akten wurde das ganze Ausmaß der Willkür und Überwachung in der DDR-Diktatur deutlich. Mit über 280.000 Mitarbeitern war die Staatssicherheit - gemessen an der Bevölkerungszahl - der größte geheime Sicherheitsapparat der Welt. 111 Kilometer an Stasi-Akten geben heute in der Gedenkstätte Normannenstraße Zeugnis von Bespit-

zelung, Verfolgung und Zersetzung. Die Gedenkstätte soll weiterhin zu einem wichtigen Lern- und Erinnerungsort ausgebaut werden.

Die Stasi-Akten gehören zu unserem nationalen Gedächtnis. Sie sind Fundament für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Durch die Zusammenführung von Stasi-Unterlagenarchiv und Bundesarchiv wollen wir dieses Gedächtnis für immer erhalten und zugänglich machen. Über 3,2 Millionen Anträge auf Akteneinsicht wurden in den letzten 30 Jahren gestellt. Monatlich sind es derzeit immer noch über 4.000 Anträge. Die Aufarbeitung unserer jüngeren deutschen Geschichte bewegt nach wie vor viele Menschen.

Viele Opfer leiden bis heute unter den Folgen der SED-Diktatur. Ihnen wollen wir mit dem Amt eines Bundesbeauftragten eine öffentliche Stimme geben. Es fehlt bislang an einem nationalen Gedenkort für die Opfer von Kommunismus; in vielen anderen ehemals kommunistischen Staaten hingegen wird bereits der Opfer der Staatsverbrechen öffentlich würdig gedacht. Daher haben wir im Bundestagsbeschluss vom 13. Dezember 2019 eine Konzeption für ein Mahnmal für die Opfer von Kommunismus gefordert.

## Bioökonomie sichert Zukunft



Anlässlich der durch das Bundeskabinett beschlossenen Nationalen Bioökonomiestrategie erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Albert Stegmann:

„Mit pflanzlichen Rohstoffen vom Acker, von der Wiese oder aus dem Wald können wir heute schon viele Alltagsprodukte auf Erdölbasis ersetzen. Das gilt beispielsweise für Autoreifen, deren Naturkautschuk nicht mehr aus dem Regenwald, sondern aus dem heimischen ‚Russischen Löwenzahn‘ gewonnen werden kann. Auf diese Weise schützen wir das Klima und vermindern die Flächenkonkurrenz, denn dieses Kraut lässt sich hierzulande gerade auf solchen Flächen anbauen, die für den Ackerbau ungeeignet sind. Diese Chancen müssen wir konsequent nutzen. Denn damit sichern wir gerade in ländlichen

Regionen Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze. Die Nationale Bioökonomiestrategie gibt aber auch dem Bauen mit Holz neuen Schub. Wir müssen jetzt endlich gemeinsam mit den Ländern die Bauordnungen modernisieren, um Innovationsbremsen beim Bauen mit Holz lösen. Darüber hinaus brauchen wir die Neuen Züchtungstechnologien wie Crispr/CAS9, um ressourcenschonenden, Klimastress toleranten Ackerbau der Zukunft zu betreiben. Denn nur mit neuen Technologien wird es uns gelingen, das globale Nachhaltigkeitsziel 2 der Vereinten Nationen ‚Hunger bekämpfen‘ zu erreichen.“

## Investitionen auf die Straße bringen



Trotz der sich abschwächenden Konjunktur hat der Bund im vergangenen Jahr einen Rekordüberschuss von 13,5 Mrd. Euro erzielt. Zum dritten Mal seit

2015 weist der Bund damit ein Haushaltsjahr mit zweistelligem Überschuss aus. Dieser erklärt sich durch die niedrigen Zinsausgaben und die guten Steuereinnahmen durch die erfreulich hohe Beschäftigung. Mit diesem Geld müssen Investitionen auf die Straße gebracht werden. Benötigt werden auch Mittel für Verteidigung und Europa. Außerdem fordern wir eine Unternehmenssteuerreform, um Betriebe wettbewerbsfähig zu machen. Des Weiteren sollten wir den vollständigen Abbau des Solidaritätszuschlags ab 2022 in Angriff nehmen. Forderungen nach neuen Steuern und neuen Verteilungsprogrammen lehnen wir ab.

## Parlamentarischer Kreis „Prostitution wohin?“

Die Ausbeutung von Frauen in der Prostitution, nicht selten in Verbindung mit Menschenhandel, ist inakzeptabel. Ein Parlamentarischer Kreis geht diese Problematik parteiübergreifend an. Danke an die Kollegen Leni Breymaier (SPD) und Frank Heinrich (CDU) für ihre Initiative. Der Botschafter der schwedischen Regierung zur Bekämpfung von

Menschenhandel, Per-Anders Sunesson, erläuterte die nunmehr zwanzigjährige Erfahrung seines Landes mit dem "Nordischen Modell", das seiner Aussage nach inzwischen zu einer gesellschaftlichen Ächtung der Prostitution geführt habe. Handlungsbedarf besteht auch bei uns - Deutschland wird aufgrund seiner Gesetzgebung "Bordell Europas" genannt.



## Die Woche im Parlament

**Gesetz zur Regelung der doppelten Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz und Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende.** In 2./3. Lesung beschlossen wir eine neue gesetzliche Grundlage zur Regelung der Organspende im Transplantationsgesetz. Im Zentrum steht die Absicht, die Zahl der Organspenden zu erhöhen und so den Widerspruch zwischen der hohen bekundeten Spendebereitschaft in der Bevölkerung und der faktisch niedrigen Zahl an Organspenden aufzulösen. Wir debattierten die beiden Gesetzesentwürfe als Gruppenanträge. (siehe auch oben)

**Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019.** Dieser Bericht dokumentiert die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in den vergangenen vier Wirtschaftsjahren. Demnach erwirtschafteten 4,7 Mio. Menschen eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Mrd. Euro, das entspricht rund 6,6 Prozent der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Etwa jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Ernährungswirtschaft zusammen. Der Bericht weist auf aktuelle Herausforderungen

in der Landwirtschaft wie den Strukturwandel und Schwankungen in Marktpreisen und Erzeugungsmengen hin. Zudem werden agrarpolitische Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung aufgeführt.

**Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr.** Wir forderten die Bundesregierung dazu auf, die „Vision Null“, also das Ziel einer vollständigen Vermeidung von Verkehrstoten als Leitgedanken in die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufzunehmen. Hierzu sollen etwa solche verkehrspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden, die wie etwa geschützte Radfahrstreifen oder Parkverbotszonen im Kreuzungsbereich Risiken für Radfahrer verringern. Außerdem soll die Bundesregierung prüfen, wie die hohe Zahl von Rechtsabbiege-Unfällen von Kraftfahrzeugen unter 3,5t mit Fahrrädern reduziert werden kann. Aus unserer Sicht soll es Kommunen mit Blick auf den Schutz von Radfahrern erleichtert werden, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für ganze Straßen



unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen. Des Weiteren sieht der Antrag Anpassungen im Bußgeldkatalog bei Verstößen auch und gerade von Radfahrern gegen die StVO vor.

## „Stadt, Land, Flucht?! – Lebens- und Wohnräume heute und in Zukunft“

Zum siebzehnten Mal lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e. V. 25 medieninteressierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren zu einem einwöchigen Workshop nach Berlin ein. Eine tolle Chance, den politischen Alltag und den Medienbetrieb in der Bundeshauptstadt kennenzulernen!

Vom 21. März bis 28. März 2020 erwartet die Jugendlichen ein spannendes und abwechslungs-

lungsreiches Workshop-Programm zum medialen und politisch-parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt. Sie werden u. a. in einer Redaktion hospitieren, eine Plenarsitzung besuchen und an der Erstellung einer eigenen Zeitung mitarbeiten.

Unter dem Titel „Stadt, Land, Flucht?! – Lebens- und Wohnräume heute und in Zukunft“



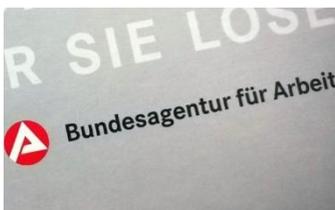
werden sich die Jugendlichen im Rahmen des Workshops mit den Herausforderungen für Städte

aufgrund ansteigender Zuwanderung, z. B. in Bezug auf die Wohnraumsituation und die Organisation des Lebens in Städten, auseinandersetzen. Dem werden die Auswirkungen sinkender Einwohnerzahlen für ländliche Kommunen, z. B. auf die örtliche Infrastruktur, gegenübergestellt.

Unter <http://www.jugendpresse.de/bundestag> können Interessierte sich bis zum 26. Januar 2020 bewerben.

## Daten und Fakten

**Anstieg der Erwerbstätigkeit setzt sich fort.** Im Jahresdurchschnitt 2019 waren rund 45,3 Mio. Personen in Deutschland erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2019 um 402.000



Personen oder um 0,9% höher als im Vorjahr. Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit

weiter fort. Allerdings ist die Dynamik leicht abgeschwächt, im Jahr 2018 hatte die Zuwachsrate noch 1,4% betragen. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die

Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte überwogen die Effekte des demografischen Wandels. Somit wurde im Jahr 2019 die höchste Erwerbstätigenzahl seit der Wiedervereinigung erreicht. Der stärkste Anstieg bei der Zahl der Erwerbstätigen ist im Dienstleistungssektor zu finden. Die Zahl der Selbstständigen sank dagegen um 1,7%. (Quelle: Destatis)



**Dr. Maria Flachsbarth, MdB**  
**Parlamentarische Staatssekretärin**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
**Tel.: (030) 227 7 46 66**  
**Fax: (030) 227 7 66 66**  
**[www.flachsbarth.info](http://www.flachsbarth.info)**